

Herrn Bürgermeister  
Dieter Spürck

I m H a u s e

***Bündnis 90/Die Grünen***  
**im Rat der Kolpingstadt Kerpen**

Tel.-Nr. 02237/58-394  
Fax-Nr. 02237/58-121  
E-mail: [b90-gruene@stadt-kerpen.de](mailto:b90-gruene@stadt-kerpen.de)  
<http://www.gruene-kerpen.de>  
Bürozeiten: Mo-Fr. 08.00 - 12.00 Uhr

16. August 2018  
PK/Kr.

**Antrag für die Sitzung des Unterausschusses am 4. September 2018**  
**„Restwald“ Hambacher Forst**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir beantragen die Beratung der oben genannten Angelegenheit.

Die Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (auch sog. "Kohle-Kommission") der Bundesregierung zur Planung des Kohleausstiegs in Berlin hat zwischenzeitlich mit ihrer Arbeit begonnen.

Ihre Entscheidungen sind zentral unter anderem auch für die Zukunft des Rheinischen Braunkohlenreviers und die entsprechenden verbliebenen Arbeitsplätze sowie für die dort lebenden von den Auswirkungen des Bergbaus betroffenen Menschen und damit auch gegebenenfalls für den Weiterbestand des derzeit noch bestehenden ökologisch sehr wertvollen Restwaldes "Hambacher Forst".

Das aus Vertretern\*innen von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Wissenschaft, Politik und betroffenen Regionen in NRW, Sachsen und Brandenburg bestehende Gremium soll bis Ende des Jahres 2018, demnach also bereits in 4 Monaten, u. a.

- ein Datum für den Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Kohle,
- einen Ausstiegspfad sowie
- Perspektiven für neue Arbeitsplätze in den Kohleregionen nicht nur im Rheinland, sondern z. B. auch in der Lausitz, vorschlagen.
- Außerdem geht es um Maßnahmen, wie die Lücke zu Klimaschutz-Zielen 2020 geringer gehalten werden kann.

Aus unserer Sicht wäre es daher - trotz der vorhandenen bergbaulichen Betriebsgenehmigungen - unredlich, wenn das bergbautreibende Unternehmen vor der noch in diesem Jahr erwarteten Entscheidung der Kommission und vor dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster in Sachen der Klage des BUND gegen die Enteignung seines Besitztums im Hambacher Forst weitere Rodungen im Hambacher Forst durchführen und damit nicht mehr korrigierbare vollendete Tatsachen schaffen würde.

Ein mögliches derartiges Vorgehen würde die Arbeit der Kohlekommission untergraben und gegebenenfalls deren Entscheidungen zu einem vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung, mit einem entsprechenden möglichen Verzicht auf das Abbaggern hiesiger größerer Flächen, beispielsweise im Bereich des Hamacher Forstes, ad absurdum führen.

Wir beantragen daher, dass sich der Umweltausschuss dafür ausspricht, dass das bergbautreibende Unternehmen keine weitere Rodungen v o r Bekanntwerden der noch im Laufe dieses Jahres erwarteten Entscheidung der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" und vor der Entscheidung mindestens des Obergerichtes Münster vornehmen lässt.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Peter Kunze  
Fraktionsvorsitzender

gez. Bernd Krings  
Stadtverordneter

Für die Richtigkeit:

G. Krings